

Hradečný, Pavel

**Zur Frage der Stellung Albaniens in der internationalen Politik und der Aussenpolitik Albaniens unter der Regierung Fan Noli : (Juni-Dezember 1924)**

*Sborník prací Filozofické fakulty brněnské univerzity. C, Řada historická.*  
1967, vol. 16, iss. C14, pp. [23]-42

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/102261>

Access Date: 07. 12. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University provides access to digitized documents strictly for personal use, unless otherwise specified.

PAVEL HRADEČNÝ

**ZUR FRAGE DER STELLUNG ALBANIENS IN DER  
INTERNATIONALEN POLITIK UND DER AUSSEN-  
POLITIK ALBANIENS UNTER DER REGIERUNG  
FAN NOLI**

*(Juni—Dezember 1924)*

In der Juni-Revolution des Jahres 1924 und in der kurzen Regierungszeit des Kabinetts Fan Noli erreichte die nationale und demokratische Bewegung innerhalb der albanischen Gesellschaft und die Kämpfe um den Nachkriegscharakter des Staates ihren Höhepunkt. Die Historiographie hat diesem wichtigen Meilenstein der albanischen Geschichte bisher nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Im Rahmen der üblichen im allgemeinen gehaltenen Behandlungen der neuzeitlichen albanischen Geschichte werden die Ereignisse des Jahres 1924 ohne Darlegung der tieferen Zusammenhänge mit der Nachkriegsentwicklung auf der Balkanhalbinsel als blosser Regierungswechsel oder als militärischer Umsturz geschildert, der auf heimischem Boden keinen festeren Rückhalt hatte. Die Aussenpolitik Albaniens wurde meistens unter dem Gesichtspunkt der Interessen der beteiligten Staaten beurteilt und entweder als „jugoslawienfeindlich“ oder als „italienfreundlich“, ja sogar als „bolschewistisch“ hingestellt. Es fehlte an Arbeiten, die die Gesamtproblematik und die Einzelaspekte eingehender behandelt hätten.

Die gegenwärtige albanische Historiographie widmet diesem geschichtlichen Abschnitt grössere Aufmerksamkeit. Im Jahre 1954 veröffentlichte S. Shpuza seine neue Deutung des Jahres 1924.<sup>1</sup> S. Shpuza spricht von einer bürgerlich-demokratischen Revolution, die in internationaler Hinsicht isoliert blieb und zu der es in einer Zeit kam, da die revolutionäre Woge der Nachkriegszeit nicht nur auf der Balkanhalbinsel sondern in ganz Europa bereits absank. S. Shpuza selbst und auch weitere Forscher (M. Belegu, A. Puto) haben diese Interpretation weitergeführt.<sup>2</sup> Anlässlich des 40. Jahrestages der Revolution fand im Jahre 1964 in Tirana eine wissenschaftliche Konferenz über diese Problematik statt. Der Rektor der Universität von Tirana K. Ylli unternahm in seiner Ansprache sogar den Versuch, eine Parallele zwischen der Situation des von den reaktionären Kräften der ganzen Welt umgebenen revolutionären Albaniens von damals und der heutigen internationalen Lage des Landes zu ziehen.<sup>3</sup> In der Konferenz wurde auch ein Referat von A. Puto vorgetragen (es erschien gleichzeitig in Druck), das die internationale Stellung Albaniens unter rechtsgeschichtlichem Gesichtspunkt behandelt.<sup>4</sup> Die wertvolle auf Quellenmaterial ruhende Studie zeigte, wie kompliziert die ganze Problematik ist und wie wenig an ihr bisher gearbeitet worden ist.

In meinem kurzen Beitrag will ich auf Grund von Archivmaterialien tschechoslowakischer Provenience, der veröffentlichten Quellen und der einschlägigen Literatur ein Gesamtbild der Aussenpolitik und der internationalen Stellung Albanien in dem zur Frage stehenden Zeitabschnitt unter besonderer Berücksichtigung des tschechoslowakischen Standpunktes zeichnen.

\*

Die internationale Anerkennung des unabhängigen Staates Albanien, der in den Jahren 1912—1913 entstanden war, also in einer Zeit, da die Verhältnisse auf dem Balkan immer komplizierter wurden und die Gegensätze in der Welt sich rasch vertieften, hatte dem Volk keine tatsächliche Freiheit gebracht. Die gegensätzlichen Interessen der Grossmächte und die unterschiedlichen Aspirationen der Nachbarstaaten hatten einerseits zweifellos die objektiven Voraussetzungen für die Selbständigkeit geschaffen (zusammen mit der um sich greifenden Bewegung für nationale Unabhängigkeit, die der Ausdruck der Endphase in der neuzeitlichen albanischen Volkswendung war), gleichzeitig hatten sie aber auch einen grossen Anteil daran, dass die Lösung der albanischen Frage auf halbem Wege steckengeblieben war. Unter dem Gesichtspunkt der Rivalität der Grossmächte auf dem Balkan konnte die im Jahre 1913 durch die Londoner Botschafterkonferenz anerkannte Unabhängigkeit dem albanischen Volke kein tatsächliches Selbstbestimmungsrecht bringen; für die Grenzführung waren ethnische Gesichtspunkte bei weitem nicht ausschlaggebend. Die Anerkennung selbst enthielt auch keine Garantie für die Zukunft, sie war nur eine zeitweilige Kompromisslösung, wie sie sich eben aus den Interessengegensätzen der Grossmächte und ihrer balkanischen Verbündeten ergab. Die wahre Natur der internationalen Erklärungen über die „Unabhängigkeit und Neutralität“ Albanien offenbarte sich in vollem Umfange während des ersten Weltkrieges in den Aufteilungsplänen und in der Besetzung des Landes durch die Truppen beider kriegsführenden Lager.

In der durch den Sieg der Entente hervorgerufenen veränderten Lage wurde das strategisch und ökonomisch wichtige Albanien noch mehr zum Gegenstand des Machtstreites und der Expansionsgelüste seiner Nachbarn. Schon die bloss formale Existenz des Staates war in Frage gestellt. Die Frage „Albanien“ war wieder an ihrem Ausgangspunkt angelangt. Geändert hatten sich nur die internationalen Faktoren (und ihr Kräfteverhältnis), die auf die völkerrechtliche Lösung Einfluss nahmen.

Die Auflösung Österreich-Ungarns und der Untergang des russischen Zarentums hatten die Grossmachtstellung Italiens im adriatischen Raum wesentlich gestärkt. In den italienischen Plänen hatte Albanien seit jeher eine ausserordentlich wichtige Rolle gespielt. Es sollte nicht nur eine Rohstoffbasis sein, sondern auch das Vorfeld und Instrument für das italienische Vordringen nach Südosteuropa. Der Geheimvertrag von London aus dem Jahre 1915, in dem die Bedingungen für den Eintritt Italiens in den Krieg an der Seite der Entente festgelegt wurden, rechnete mit einer bedeutenden Stärkung des italienischen Einflusses im adriatischen Raum nicht nur auf Kosten der Südslawen, sondern auch der Integrität und Souveränität des albanischen Staates. Nach Kriegsende sollte aus der Mittelalbanien ein autonomer, unter italienischer Schutzherrschaft stehender Staat entstehen, die übrigen Gebiete sollten an Serbien, Montenegro

und Griechenland fallen. Durch den Vertrag erhielt nämlich Italien das Recht zugesprochen, den strategisch wichtigen Hafen Vlora samt Hinterland und die Insel Sazani in der Vlora-Bucht zu annektieren.<sup>5</sup>

Albanien lag aber auch in der unmittelbaren Interessensphäre der Königreiche Jugoslawien und Griechenland. Die griechischen Aspirationen waren auf die südlichen und südöstlichen Gebiete mit den Städten Gjirokastra und Korça gerichtet. Jugoslawien stellte sich prinzipiell gegen die Anwendung des Londoner Geheimvertrages. Sein Verhalten in der albanischen Frage in der Nachkriegszeit war weitgehend von der Furcht bestimmt, Italien könnte seinen Einfluss auf dem Balkan in einer jugoslawien gefährdenden Masse ausweiten. Die Existenz eines „unabhängigen“ Albaniens war daher für Jugoslawien annehmbarer als die Nachbarschaft Italiens, wie immer sie auch motiviert gewesen wäre, an der südlichen jugoslawischen Grenze. Jugoslawien rückte daher die eigenen territorialen Forderungen nicht in den Vordergrund (abgesehen von geringfügigen Grenzberichtigungen) und bestand auf der Unabhängigkeit Albaniens in den Grenzen des Jahres 1913 und der Verwirklichung des Postulats „Der Balkan den balkanischen Völkern“.<sup>6</sup> Die Ausschaltung des italienischen Einflusses sollte nach jugoslawischen Plänen später eine engere Verbindung zwischen Albanien und dem Königreich SHS ermöglichen. Für die Verwirklichung dieser Pläne sollten in Albanien die heimischen serbophilen Gruppen wirken (vor allem die Parteigänger von Esad Pascha Toptani). Als Fernziel, das allerdings eher als Zukunftsmusik aufzufassen war, verfolgte die jugoslawische Diplomatie die restlose Bindung Albaniens an Jugoslawien, evtl. sogar seine Angliederung in Form einer Föderation oder eine Aufteilung des Gebietes, allerdings ohne italienische Beteiligung.

An der Lösung der albanischen Frage beteiligten sich in der Nachkriegszeit auch Grossbritannien, die USA und Frankreich. Jede dieser Grossmächte hatte hier ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen, daneben hatten sie jedoch das gleiche Interesse, im adriatischen Raum keine Gefährdung des machtpolitischen Gleichgewichts zuzulassen.

Alle diese Tendenzen traten auch auf der Pariser Friedenskonferenz zutage. Das albanische Problem wurde hier ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht des albanischen Volkes selbst als integrierender Teil des „adriatischen Streites“ unter dem Gesichtspunkt der jugoslawisch-italienisch-griechischen Zwistigkeiten beurteilt. Albanien wurde hier als Kompensationsware angesehen, mit deren Hilfe sich die an einer Gesamtlösung der adriatischen Frage interessierten Parteien schadlos halten sollten. Dem kleinen Volke drohte daher seitens der Friedenskonferenz eine ernste Gefahr, die durch unmittelbare fremde Einmischung in die inneren Verhältnisse noch wuchs. Jugoslawische und griechische Truppen beherrschten mehrere Grenzgebiete, unterstützten die „Essadisten“ im Norden und die griechischen Separatisten im Süden und behinderten so die Normalisierung der inneren Verhältnisse. Den schwersten Druck übte jedoch Italien aus, u. zw. sowohl durch seine Okkupationsarmee als auch mit Hilfe einflussreicher italienfreundlicher Elemente in der sog. Provisorischen Durrësi-Regierung (Mufid Bei Libohova, Fejzi Bei Alizoti). Das Kabinett Turhan Pascha Permeti zeigte für die italienischen Forderungen wachsendes Verständnis.

Nach Kriegsende steigerte Italien seine Ansprüche. Die Forderungen Italiens gingen jetzt noch weiter als der Londoner Geheimvertrag. Es wollte sich nicht

mehr mit der Annexion von Vlora begnügen, sondern strebte danach, ganz Albanien unter sein Protektorat zu bekommen, wobei eine Entschädigung Jugoslawiens und Griechenlands durch Abtretung der Grenzgebiete nicht erwogen wurde. An dieser Zielsetzung änderte Italien auch dann nichts, wenn es sich aus taktischen Gründen in Zusammenhang mit anderen umfassenderen Interessen gezwungen sah, seine Diplomatie auf konkrete Nahziele zu orientieren, wie dies z. B. der italienisch-griechische Geheimvertrag Tittoni—Venizelos vom 29. 7. 1919 über gegenseitigen Beistand auf der Friedenskonferenz der Fall war.

Die die Zukunft Albaniens betreffenden Verhandlungen der Friedenskonferenz erreichten Ende 1919 und Anfang 1920 ihren kritischen Punkt. Es bestand die Gefahr, dass nicht nur die italienischen und griechischen Ansprüche (die letzteren zielten auf die Angliederung der südlichen Gebiete) anerkannt, sondern dass auch dem Königreich SHS als Entschädigung für territoriale Verluste an der adriatischen Nordküste Gebiete in Nordalbanien zugesprochen werden.

Die nationale Befreiungsbewegung, die breite Massen des albanischen Volkes erfasste, trug wesentlich zur Sicherung der territorialen Integrität bei. Ihr Ergebnis waren die Einberufung des sog. Volkskongresses nach Lushnja, der Sturz der kapitulationswilligen Durrësi-Regierung, die Koalition der patriotischen Kräfte unter der sog. Tirana-Regierung des Sulejman Bei Delvina und schliesslich der Sieg über die Italiener im Kampf um Vlora. Auch aussenpolitisch hatte sich inzwischen Albaniens Stellung gebessert; Präsident Wilson versagte dem englisch-französischen Adria-Plan seine Zustimmung, Griechenland konzentrierte sich auf Kleinasien, Italien litt unter einer innenpolitischen Krise, der Geheimvertrag Tittoni—Venizelos wurde gekündigt usw. Der neue Staatsapparat festigte seine Positionen, und auch die aussenpolitische Situation begann sich zu klären. Am 17. 12. 1920 wurde Albanien in den Völkerbund aufgenommen.

Der Konsolidierungsprozess wurde allerdings auch weiterhin von auswärts behindert. Mehrere Grenzregionen waren von Jugoslawien und Griechenland besetzt, Jugoslawien leistete dem aufständischen katholischen Stamm Mirdita offenen Beistand usw. Die Niederlage der Italiener im Kampf um Vlora war für Belgrad ein willkommener Anlass, die eigene Albanien-Politik zu aktivieren. Mittel dieser Politik waren Unterdrucksetzung und Einmischung.

Die Konferenz der Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans, der der Völkerbund schliesslich die Albanien-Frage zur Beschlussfassung übergab, anerkannte Albanien als unabhängigen und souveränen Staat. Gleichzeitig wurde jedoch das italienische Sonderinteresse an der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Albaniens anerkannt. Im Falle einer Bedrohung der territorialen Integrität Albaniens sollten die vier Signatarmächte dem Rat des Völkerbundes empfehlen, Italien als Schutzmacht zu bestellen, u. zw. auch dann, wenn Italien kein diesbezügliches Ansuchen stellen sollte.<sup>7</sup> In den Grenzkonflikten mit Jugoslawien und Griechenland gewährte die italienische Regierung Albanien ihre Unterstützung. So versuchte sie den früheren Einfluss wiederzugewinnen und Albaniens beide Nachbarstaaten zu beunruhigen. Es war z. B. vor allem das Werk der italienischen Diplomatie, dass die aggressive Albanien-Politik der Regierung Pašić, wie sie im Grenzkonflikt des Jahres 1921 zum Ausdruck kam, auf dem Boden des Völkerbundes eine Niederlage erlitt.

Nachdem der Beschluss der Botschafterkonferenz die Billigung des Völkerbundes gefunden hatte, wurde die Regierung von Tirana von den Grossmächten und weiteren Staaten anerkannt (z. B. am 5. 7. 1922 seitens der Tschechoslowakei), und man begann mit der Festlegung der Grenzen. (Das Schlussprotokoll über die Grenzföhrung wurde jedoch erst am 31. 7. 1926 unterzeichnet.)

Das Nachkriegsalbanien war zweifellos eines der unterentwickeltesten Länder Europas, mit primitiver Wirtschaft, rückständig im sozialen (z. B. die Tschriftlik-Beziehungen auf dem Lande) und staatlichen Aufbau und in drückender Abhängigkeit vom Ausland befindlich.

Nachdem die völkerrechtliche Lage Albaniens geklärt war, rückten mit aller Dringlichkeit in den Vordergrund innenpolitische Probleme: Charakter des Staates und Staatsform (provisorisch galt die vom Lushnja-Kongress beschlossene Kompromisslösung — ein viergliedriger Regentenrat), innere Ordnung und bürgerlich-demokratische Reformen. Diese Reformen, besonders die wichtigsten, die Bodenreform, sind der Prüfstein, an dem sich der Charakter der sozialen Kräfte des Landes ausprägt.

Die bisherige Tätigkeit der Tirana-Regierung beruhte auf dem Programm des Lushnja-Kongresses, das die Zustimmung der allnationalen patriotischen Koalition hatte. Nun beginnt eine immer klarer werdende Differentiation.<sup>8</sup> Nach den Parlamentswahlen des Jahres 1921 bilden sich im Parlament zwei tonangebende politische Parteien. Die sog. Fortschrittliche Partei (partia perparimtare) vertritt die Interessen der am rechten Flügel stehenden Grossgrundbesitzer, die jeder Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse abgeneigt waren. Die heterogene Koalition der Bourgeoisie und der Grundbesitzer bildet die sog. Volkspartei (partia popullore). Mit den steigenden innerpolitischen Spannungen wächst im politischen Leben des Landes die Bedeutung des Kleinbürgertums und der fortschrittlichen Intelligenz, die für eine grundsätzliche gesellschaftliche Reform und für eine Demokratisierung der staatlichen Ordnung eintreten. Die elementaren und unorganisierten Aktionen der Bauernschaft und der unteren Schichten der Stadtbevölkerung, die auf die Durchföhrung einer Bodenreform und eine materielle und soziale Besserstellung zielten, sind die feste Grundlage dieser Reformbewegung, zu deren Zentren die zahlreichen demokratischen Vereine werden, darunter als der bedeutendste der von dem revolutionären Demokraten Avni Rustemi geleitete Bashkimi-Verein.

Ein bedeutsames Ziel der bürgerlichen Reformbewegung war die Festigung der Unabhängigkeit des Landes im Verhältnis zum Ausland. Charakteristisch für diese Bewegung war die ausgeprägte nationale Gesinnung, die sich unter den gegebenen Bedingungen vor allem als jugoslawienfeindlich äusserte. Der Hauptgrund hierfür lag sowohl in der ungenügenden Lösung der albanischen Frage als auch in der „grossserbischen“ Politik Belgrads gegenüber der zahlenmässig starken und kompakten „Arnauten“-Minderheit im Königreich SHS, die in ganz Albanien als Teil des albanischen Volkes angesehen wurde. Weitere Faktoren waren die ständigen Einmischungen Jugoslawiens in die inneren Angelegenheiten und die offizielle Aussenpolitik der Regierung der Grossgrundbesitzer in den Jahren 1922—1923, die von der bürgerlichen Reformbewegung bekämpft wurde. Das nationale Bewusstsein spielte oft die entscheidende Rolle

bei der Konstituierung politischer Gruppen (z. B. der sog. Heiligen Union — Bashkimi i shenjtë — die in den Jahren 1921—1922 wirkte).

In dem innerpolitischen Machtstreit gewinnt im Verlaufe des Jahres 1922 Ahmed Zogu mit seiner Gruppe aus der Volkspartei die Oberhand. Er strebt mit allen Mitteln nach diktatorischer persönlicher Macht. Damit war eine grundsätzliche Umgruppierung der politischen Kräfte verbunden. Der Zogu-Flügel der Volkspartei nähert sich in seiner politischen Praxis immer mehr dem rechten Flügel der Grossgrundbesitzer. Hingegen scheiden die Liberalen der „Volkspartei“ mit Fan Noli aus der Partei aus. Gegen die Zogu-Clique formt sich ein mächtiger Oppositionsblock, allerdings mit ziemlich heterogener Zielsetzung in Hinblick auf das Reformprogramm. Die aussenpolitische Linie dieses Blocks ist nationalistisch. Diesem heterogenen Block gehören an der ehemalige linke Flügel der Volkspartei, die ehemalige sog. Heilige Union, Offiziere, der linksorientierte Flügel der Grundbesitzer, der mit der „moslemischen“ Politik Ahmed Zogus unzufriedene katholische und orthodoxe Klerus. Dem Block schlossen sich ferner viele abseits Stehende an, die für Zogus Machtstreben kein Verständnis aufzubringen vermochten. Das Lager der Opposition fand auch Unterstützung bei den nach Albanien emigrierten Kosovo-Albanern, die unter der Führung von Bajram Bei Curri standen, und bei der politisch sehr aktiven albanischen Kolonie in den USA sowie bei den radikalen Elementen der Intelligenz und der Kleinbourgeoisie. Es hatte auch die Sympathien der Massen der Land- und Stadtbevölkerung.<sup>9</sup>

Die Regierungszeit Zogus und seiner Gruppe ist auf aussenpolitischem Gebiet durch eine durchgreifende Besserung in den offiziellen albanisch-jugoslawischen Beziehungen gekennzeichnet. Zweifellos wirkten sich hier günstig die mit dem Antritt des Faschismus verbundene innenpolitische Krise Italiens sowie die Schwächung aus, die Griechenland durch seine Niederlage in Kleinasien erfahren hatte. In jugoslawischen Regierungskreisen wurden Stimmen für eine engere Zusammenarbeit der Kleinen Entente mit Albanien laut, es wurde auch die Schaffung eines „Balkanbundes“ erwogen, dessen Mitglieder — Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und Albanien — nicht nur politisch, sondern auch durch dynastische Bande miteinander verbunden wären.<sup>10</sup> Zu Verhandlungen über diese Fragen kam es jedoch nicht. Die Tirana-Regierung fürchtete, übrigens von ihrem Gesichtspunkt aus nicht ohne Grund, eine engere Eingliederung Albaniens in die genannte Interessensphäre müsste die Eifersucht Italiens erwecken oder könnte es sogar zum Eingreifen veranlassen. Dem Zogu-Regime blieb in dieser Zeit nichts übrig, als zwischen Belgrad und Rom zu balancieren.

Das Königreich SHS verfügte in dieser verhältnismässig günstigen Epoche nicht über genügend Mittel, um sich wirtschaftlich durchsetzen und die wirtschaftlichen Positionen Italiens und Englands gefährden zu können. Der Rohstoffreichtum des Landes und vor allem seine Ölhöflichkeit waren Gegenstand des Interesses fremder kapitalistischer Gesellschaften. Bereits im Jahre 1921 erwirbt die Anglo-Persian Oil Company eine umfangreiche Konzession, die im Jahre 1923 eine Neuregelung erfährt. Nach Ratifizierung des Vertrages wäre die englische Vormachtsstellung in Albanien gesichert gewesen. In den Kampf um das albanische Erdöl treten bald weitere ausländische Gesellschaften ein: Syndicat Franco-Albanais, Sinclair Oil Company, Standard Oil Company, H. H. Rushton, SIMSA, Ferrovie dello Stato Italiano.<sup>11</sup> Das albanische Parlament erklärte sich im Jahre 1924 (am 27. Januar) prinzipiell bereit, Angebote

ausländischer Gesellschaften anzunehmen. In diesem Zeitraum bleibt der Kampf um die Konzessionen noch unentschieden.

Die jugoslawischen Regierungskreise rechneten in dem Konkurrenzkampf um Albanien auch mit der wirtschaftlichen Unterstützung ihres Partners in der Kleinen Entente, der Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei unternimmt nun die ersten Schritte in Richtung auf Anknüpfung direkter Handelskontakte.

Die herrschende Zogu-Clique isolierte sich im Verlaufe des Jahres 1923 immer mehr von der Mehrheit des Volkes, die die bürgerliche Opposition unterstützte. Ende 1923 war sie unter dem Druck der Öffentlichkeit gezwungen, Wahlen für die verfassungsgebende Nationalversammlung auszuschreiben. Trotz des undemokratischen Wahlgesetzes und der angewandten Gewaltmassnahmen war das Wahlergebnis für die herrschenden Kreise äusserst ungünstig. Der oppositionelle Block ging aus dem Wahlgang ausserordentlich gestärkt hervor. Trotz des eindeutigen Misserfolges zögerte jedoch die Regierung abzutanken. Zur Demission entschloss sie sich erst nach dem missglückten Anschlag gegen A. Zogu, als die inneren Zwistigkeiten immer heftiger wurden. Die folgenden Regierungen unter Shefqet Bei Verlaci (30. 3.—27. 5. 1924) und Iljaz Bei Vrioni (27. 5.—10. 6. 1924) waren in jeder Hinsicht der Zogu-Politik verpflichtet.

Die sich vertiefende Krise des Zogu-Regimes erweckte in jugoslawischen diplomatischen Kreisen ernste Befürchtungen. Doch fehlte es Jugoslawien an finanziellen Mitteln, die albanischen Herrscher wirksam zu unterstützen. Jugoslawien konnte auch nicht direkt eingreifen, denn auf Grund der internationalen Garantie aus dem Jahre 1921 hätte ein solcher Akt leicht italienische Gegenmassnahmen hervorrufen können. Dem sinkenden jugoslawischen Einfluss stand ein Aufstieg der italienischen Initiative gegenüber. Mit fortschreitender Konsolidierung des faschistischen Regimes tritt an Stelle der früheren aussenpolitischen Zurückhaltung eine hochaktive Balkan-Politik, deren Ziel es war, „Italien wieder Geltung zu verschaffen und seine Minderwertigkeit als Grossmacht zu überwinden“ (z. B. der heftige Ausfall gegen Griechenland im Jahre 1923). Seinen eigenen Interessen folgend, gab sich Italien als Beschützer und Garant der albanischen Unabhängigkeit. Es verausgabte auch bedeutende finanzielle Mittel, um einflussreiche Regierungskreise und italienfreundliche Elemente der Opposition zu bestechen.

Ein überzeugender Erfolg der „friedfertigen Infiltration“ Italiens waren die Wirtschaftsabkommen vom Beginn des Jahres 1924 (Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 20. 1. 1924, Ansiedlungsvertrag vom 29. 2. 1924),<sup>12</sup> die über den üblichen Rahmen wirtschaftlicher Vereinbarungen hinausgingen. Ihre Ratifizierung hätte zu einer restlosen wirtschaftlichen Unterjochung Albaniens geführt. Die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit und auch der Konkurrenten Italiens rief besonders Art. 10 des Handels- und Schiffahrtsabkommens hervor, in dem sich beide Vertragspartner verpflichteten, „keine Monopolrechte, Privilegien oder Konzessionen zu erteilen, denen zufolge Staatsbürger der einen Seite aus der Betätigung in einer oder mehreren Branchen des Handels oder der Industrie zugunsten von Angehörigen einer oder mehrerer dritter Mächte ausgeschlossen würden“.<sup>13</sup>

Der englische diplomatische Vertreter bezeichnete den Artikel 10 als unannehmbar für England. Beunruhigt waren auch Jugoslawien und die Tschechoslowakei. „Italien, das all diesen Ländern näher liegt als die Tschechoslowakei, die der einzige befähigte Erbe der österreich-ungarischen Expansion auf dem



Balkan ist, ist natürlich bestrebt, in ihnen früher Fuss zu fassen und sie (d. h. die Länder) dem Einfluss seiner Mittelmeer- und Balkan-Expansion zu unterwerfen, die seit dem Zerfall Österreich-Ungarns zum Programm der römischen Politik gehört. Es ist klar, dass die Tschechoslowakei dieser Politik die grösste Aufmerksamkeit schenken muss, beginnend mit Albanien, mit dem sie so bald wie möglich kommerzielle und vertragliche Kontakte aufnehmen sollte.<sup>14</sup>

Den tschechoslowakischen diplomatischen Kreisen fiel die in der ersten Hälfte des Jahres 1924 zutage tretende Unentschlossenheit Belgrads in der albanischen Frage auf. Besonders die tschechoslowakischen Vertretungsbehörden in Belgrad und in Rom interessierten sich lebhaft für diese Angelegenheiten und signalisierten nach Prag zum wiederholten Male die sich aus dem Rückgang der Machtstellung Zogus ergebende Gefahr. So meldete der tschechoslowakische Gesandte in Belgrad J. Šeba, „der Verlust der bisher von Jugoslawien in Albanien gehaltenen Positionen sei nicht nur eine Schwächung des Einflusses Jugoslawiens, sondern der ganzen Kleinen Entente, und es wäre angezeigt, die Errichtung eines tschechoslowakischen Konsulats zu erwägen, der eine dem jugoslawischen Einfluss förderliche Tätigkeit entwickeln könnte“.<sup>15</sup> Gleichzeitig empfahl Gesandter Šeba, Jugoslawien möge die italienische Werbetätigkeit in Albanien durch Bereitsstellung von Geldmitteln paralisieren.<sup>16</sup>

Die Position der albanischen herrschenden Kreise wurde immer unsicherer. In allen Schichten der Bevölkerung wuchs die Uuzufriedenheit. Eine schwere Wirtschaftskrise erschütterte das Land. Im Norden hungerten 200 000 Menschen. Weder mit gewaltsamen noch mit friedlichen Mitteln konnte der wachsenden Gärung im Volke Einhalt geboten werden. Die Regierung versuchte, durch grössere Nachgiebigkeit gegenüber Italien und durch Gewinnung jugoslawischer und englischer Hilfeleistungen die Lage zu bessern. Sie schlug auch Griechenland den Abschluss eines Freundschaftspaktes auf Grund der Garantie der bestehenden Grenzen vor. Der albanische Gesandte in Athen Frashëri bemühte sich sogar um einen albanisch-griechischen Zollvertrag.<sup>17</sup>

Die Ermordung des oppositionellen Abgeordneten Avni Rustemi, eines revolutionären Demokraten, war der letzte Schritt auf dem Wege zum offenen Kampf beider politischen Lager, der seinen Höhepunkt in der Juni-Revolution erreichte. Die aufständischen Truppen bemächtigten sich der nördlichen und südlichen Gebiete und betraten am 10. 6. 1924 Tirana. Die meisten prominenten Parteigänger der gestürzten Regierung flohen nach Jugoslawien, Griechenland oder Italien.

Am 16. 6. 1924 konstituierte sich eine revolutionäre Regierung mit dem orthodoxen Bischof Fan Noli an der Spitze, in der verschiedene Gruppen der Bourgeoisie (Luigj Gurakuqi, Qazim Koculli, Stavro Vinjahu), des Militärs (Oberstleutnant Rexhep Shala und Oberstleutnant Kasem Qafëzezi) sowie der linke Flügel der Grundbesitzer (Sulejman Bei Delvina, später auch Xhemal Bei Bushati) vertreten waren. Die wichtigste innenpolitische Aufgabe war die Schaffung eines neuen Staatsapparates. Das Regierungsprogramm vom 19. 6. 1924 sprach von weitgehenden Veränderungen: „Abschaffung des Feudalismus und Demokratisierung“, durchgreifende Reformen auf allen Gebieten der Verwaltung, die wirtschaftliche Befreiung der Bauern und ihre materielle Besserstellung, Senkung von Steuern und Gebühren sowie eine allgemeine Hebung des kulturellen und gesundheitlichen Niveaus des Volkes.<sup>18</sup>

Der begabte und scharfsinnige Staatsmann und Denker Fan Noli war sich

des Umfangs der Krise, in der sich das albanische Volk befand, wohl bewusst. Die Haupthindernisse auf dem Wege zu einem Aufstieg sah er in den Mängeln des Volkscharakter. Das Leben des albanischen Volkes leide unter religiöser, sozialer und moralischer Anarchie, auch Patriotismus und Ideale seien hier anarchistisch gefärbt. Doch kritisierte Fan Noli die rückständigen Verhältnisse eher indirekt auf dem Gebiet der Moral (Käuflichkeit und Verrat der Politiker, Mangel an Patriotismus, mangelnde Bildung) als durch Blosslegung ihrer wirtschaftlichsozialen Wurzeln. („Hier gibt es weder eine Klasse der Bei noch der Bauern noch der Bourgeoisie. Der Bauer ist mehr Bei als der Bei selbst, der Bei mehr Bauer als der Bauer selbst.“)<sup>19</sup> Für Fan Noli ist die Bildung das Allheilmittel, das fähig ist, das albanische Volk auf den Weg einer Aufwärtsentwicklung zu bringen und die Welt zu einem allgemeinen Frieden zu führen.

In der Bildung der Regierung Fan Nolis kamen sowohl die Reformbestrebungen der früheren koalitierten Opposition als auch das nationale Gefühl der albanischen Gesellschaft zum Ausdruck. Verschiedene Schichten der albanischen Bourgeoisie, die im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes eine führende Rolle spielen wollten, waren beachtete Sprecher der Bestrebungen nach Festigung der Unabhängigkeit des Landes und Hebung seines internationalen Prestiges. Bereits in dieser Zeit können wir innerhalb der nationalistischen Bewegung einen Differenzierungsprozess beobachten. Die Rechte (Hasan Bei Prishtina, Mustafa Kruja) sieht den Weg zur nationalen Einigung bei eventuellen internationalen Komplikationen auf der Balkanhalbinsel in der vollen Ablehnung an das faschistische Italien. Die andere Richtung der nationalistischen Bewegung mit Fan Noli an der Spitze glaubte, dass die Zukunft eine Föderation der freien Balkanvölker bringen werde, deren vollberechtigtes Mitglied auch das befreite und geeinte Volk Albaniens sein müsse. Das Kabinet Fan Noli gewährte deshalb den Flüchtlingen aus Kosovo Asyl (es gab damals im Lande etwa 20 000 Flüchtlinge) und zeigte auch für die makèdonische revolutionäre Bewegung volles Verständnis.

Von erstrangiger Bedeutung für die weitere Entwicklung und Vertiefung der Revolution war die internationale Anerkennung des neuen Regimes, und die Aufnahme normaler offizieller Beziehungen zu den Grossmächten und den übrigen Staaten. In ihrer Deklaration drückte die Regierung den Wunsch aus, zu allen Völkern, besonders zu den benachbarten, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. In dem Regierungsprogramm kam das Bestreben zum Ausdruck, den wirtschaftlichen Interessen des Auslandes entgegenzukommen. Der dreizehnte Punkt der Deklaration deutete an, dass das Land ausländischem Kapital offenstehen werde, allerdings unter Kontrolle und ohne Gefährdung „des Schutzes und der Organisation des Reichtums des Landes“.<sup>20</sup> Mit Rücksicht auf Jugoslawien wurden die erbittertesten Gegner dieses Nachbarlandes (Hasan Bei Prishtina, Bajram Bei Curri) nicht zu Kabinettsmitgliedern ernannt. Sofort nach der Machtübernahme wurden die Grossmächte und die Nachbarstaaten am 17. 6. 1924 über die Natur des Regierungswechsels telegraphisch und auf diplomatischem Wege informiert. Am 19. Juni wurde auch der Generalsekretär des Völkerbundes E. Drummond von den Veränderungen in Kenntnis gesetzt.<sup>21</sup>

Welche Aufnahme fand die Nachricht von der albanischen Revolution in den interessierten Ländern? Die Stellungnahme der Regierung Pašić war ausgesprochen negativ. Eine Revolution mit demokratischem Programm, wo immer sie

auf dem Balkan stattgefunden hätte, konnte ihr nicht willkommen sein. Um so weniger in einem für die strategische Planung Jugoslawiens so wichtigen Lande. In der Öffentlichkeit wurden die Ereignisse als ein Frontenwechsel von einem jugoslawien- zu einem italienfreundlichen Regime geschildert. Die jugoslawische Presse sah in der Revolution ein Werk italienischer Machenschaften und rügte die eigene Aussenpolitik wegen Mangels an Initiative. Die fieberhaften Aktionen der jugoslawischen Diplomatie waren von der Angst diktiert, die nationalistische Bewegung könnte auf die albanische Minderheit in Jugoslawien übergreifen und es könnte zu einer Zusammenarbeit zwischen den jugoslawischen Albanern und der makedonischen revolutionären Bewegung kommen. Beängstigend waren für Jugoslawien auch die Ausblicke auf die künftige albanische Aussenpolitik.

Aussenminister Ninčić berief sich bei seinen Gesprächen mit der italienischen Regierung auf den jugoslawisch-italienischen Freundschaftspakt vom 27. 1. 1924, in dem sich beide Staaten verpflichtet hatten, in der albanischen Frage gemeinsam vorzugehen.<sup>22</sup> Er erreichte zwar ein gemeinsames Communiqué über Neutralität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Albanien (Verlautbarung vom 7. 6. 1924),<sup>23</sup> das jedoch, ähnlich wie die gegenseitigen Zusagen in dem Pakt vom Januar, eher der Ausdruck des Misstrauens und der beiderseitigen Angst vor Einmischung der anderen Seite in die albanischen Angelegenheiten war, als der Ausdruck von Freundschaft und Zusammenarbeit. Beide Regierungen gingen ohne Rücksicht auf die getroffenen Vereinbarungen auch weiterhin ihren eigenen Interessen nach.

Die Stellungnahme Italiens zu den albanischen Ereignissen war ausserordentlich interessant. Man kann bei Mussolini kaum Begeisterung für eine Revolution mit nationaler und bürgerlichdemokratischer Zielsetzung annehmen, die noch dazu in einem Land stattfand, die in der unmittelbaren Interessensphäre Italiens lag. Andererseits war ihm der Sturz A. Zogus nicht unerwünscht. Er setzte nämlich voraus, dass jedes andere albanische Kabinett selbstverständlich italienfreundlicher orientiert sein muss. Die Teilnahme italophiler Elemente an der Revolution stärkten diese Hoffnungen um so mehr, als führende Persönlichkeiten des neuen Regimes sich auf die Freundschaft Italiens beriefen.

Am meisten fühlten sich die revolutionären Kreise Albanien durch die feindliche Haltung Belgrads bedroht. Deswegen waren die Führer der damaligen Opposition noch vor Ausbruch der Revolution bestrebt, die Unterstützung Italiens zu gewinnen und damit auch ein Gegengewicht gegen eine allfällige jugoslawische bewaffnete Intervention.<sup>24</sup> Nach dem Sieg der Revolution fehlte es in Albanien nicht an Danksagungen für Mussolini und an Sympathiebezeugungen für Italien. Die italienische Presse konnte unter diesen Umständen den Sieg der Revolution nur als eine Niederlage Jugoslawiens deuten. Der diplomatische Vertreter Italiens Marchese Durazzo liess in seinen Berichten nach Rom das neue Regime in einem günstigen Lichte erscheinen und unterstrich dessen italienfreundliche Gesinnung. Unter diesen Umständen versagte die italienische Diplomatie dem Kabinett Fan Noli nicht ihre Unterstützung; sie sprach sich für die Anerkennung des neuen Regimes aus und unternahm in diesem Sinne Schritte im Ausland (z. B. bei der englischen, französischen und amerikanischen Regierung). Gleichzeitig wartete sie aber ab, welches politische Gepräge die neue Regierung schliesslich zeigen wird.

Die von den diplomatischen Vertretern zum Ausdruck gebrachte Sympathie

und Hilfsbereitschaft wurde in den Regierungskreisen Albaniens als offizielle Anerkennung des Regimes durch Italien gewertet. Ähnlich wurde auch die Antwort des griechischen Ministerpräsidenten Papanastasiou auf Fan Nolis Telegramm beurteilt.<sup>25</sup> Dass die Antwort nicht ablehnend gehalten war, war in erster Linie auf die griechischen Befürchtungen zurückzuführen, Griechenland könnte durch die jugoslawisch-italienische Rivalität in Albanien in Mitleidenschaft gezogen werden. Keinesfalls bedeutete die Antwort eine Entspannung in den albanisch-griechischen Beziehungen, die ständig unter den ungelösten Grenzfragen litten.

Der Standpunkt Englands war durch seine wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Das gestürzte Kabinett Zogu hatte nämlich für die Forderungen der englischen kapitalistischen Gesellschaften weitgehendstes Verständnis an den Tag gelegt, und der diplomatische Vertreter Englands H. Eyres stand in besten persönlichen Beziehungen zu Zogu. Angesichts der neuen Sachlage entwickelte die englische Diplomatie eine bedeutende Aktivität gegen die Revolution.<sup>26</sup>

Ebenso wie England äusserten auch die USA Zweifel an dem verfassungsmässigen Charakter der neuen „mit Gewalt eingesetzten“ Regierung.<sup>27</sup> Dieser Standpunkt und das „Desinteressement“ der USA an Albanien waren für die Regierung Fan Noli eine ernste Enttäuschung, denn ihre Mitglieder hatten noch als Oppositionspolitiker die Forderungen des amerikanischen Kapitals gegen das damals privilegierte englische Kapital unterstützt. Frankreich widmete den albanischen Ereignissen keine grössere Aufmerksamkeit. Da die direkten französischen Interessen in diesem Raum unbedeutend waren und die neue albanische Regierung als nicht genügend stabil angesehen wurde, wich auch Frankreich einer offiziellen Anerkennung aus.

Die Nachricht von der Junirevolution wurde von den linksgerichteten Kräften vieler europäischer Länder günstig aufgenommen. Das Präsidium der Kommunistischen Föderation der Balkanhalbinsel und die Kommunistische Partei Italiens erliessen einen Aufruf an die Arbeiter und Bauern der Balkanländer und Italiens sowie an das albanische Volk, in dem die Bedeutung der albanischen Revolution hervorgehoben wurde, deren Ziel es sei, den Feudalismus abzuschaffen, und die politischen Freiheiten und die Unabhängigkeit zu garantieren.<sup>28</sup> In dem Aufruf wird das albanische Volk auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die ihm sowohl von den aggressiven Regierungen der Nachbarländer als auch von der heimischen Reaktion drohe. Die Werktätigen der Balkanländer und Italiens wurden zur Solidarität aufgefordert. Auch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei beurteilte den Charakter der Ereignisse in Albanien als fortschrittlich.<sup>29</sup>

In aussenpolitischer Hinsicht war die Lage des neuen albanischen Regimes schwierig. Am aktivsten verhielt sich die Belgrader Regierung, die Zogu und dessen Anhängern Zuflucht und finanzielle und moralische Unterstützung gewährte. Es wurde alles getan, um die Emigranten für die Zukunft aktionsfähig zu machen. An dieser aussenpolitischen Ausrichtung änderte sich auch nach dem Amtsantritt des neuen jugoslawischen Kabinetts Davidović nichts. Der Aussenminister Marinković hatte zwar früher als Oppositionspolitiker einen unverhüllt italienfeindlichen Kurs vertreten; jetzt sah er sich allerdings, ebenso wie vor ihm Ninčić, gezwungen, Mussolini gegenüber eine versöhnliche Politik der „heiligen Geduld“ zu betreiben.

So blieb auch die Belgrader Albanien-Politik unverändert. Marinković war

überzeugt, dass Albanien keine andere Wahl habe als eine „serbophile“ Politik und dass jede albanische Regierung schliesslich die Notwendigkeit einsehen werde, sich an Jugoslawien anzuschliessen. Der Leiter der Albanien-Abteilung im jugoslawischen Aussenministerium Branko Lazarević erklärte z. B. dem tschechoslowakischen Gesandten Šeba gegenüber, die jetzige jugoslawische Regierung unterstütze Zogu ebenso wie es die frühere getan habe.<sup>30</sup> Diese Emigration war als jugoslawische Reserve für den Fall von Komplikationen in Albanien vorgesehen. Zur gleichen Zeit wurden auch Massnahmen gegen den Ausschuss für die Befreiung von Kosovo (Komiteti për çlirim e Kosovës) ergriffen, der an der Spitze der albanischen nationalistischen Bewegung in Jugoslawien stand, und die Staatsgrenze gegen Albanien gesperrt.

Wie stellte sich die Tschechoslowakei zu den albanischen Ereignissen? Die tschechoslowakische Aussenpolitik war angesichts der mitteleuropäischen Probleme an einer Beilegung der Konflikte interessiert, die Italien mit Jugoslawien und der ganzen Kleinen Entente hatte. Daher begrüsst sie auch den Abschluss des jugoslawisch-italienischen Paktes im Januar 1924. Aussenminister Dr. Beneš erwog sogar den Beitritt der Tschechoslowakei zu diesem Pakt.<sup>31</sup> Konflikte auf dem Balkan waren für die Tschechoslowakei unterwünscht, da sich das Interesse und die Aufmerksamkeit der Belgrader Regierung schwerpunktmässig nach dem Süden verlagerte, also ausserhalb des eigentlichen Aufgabenbereichs der Kleinen Entente.<sup>32</sup> Bei der Beurteilung der Balkanfragen war die tschechoslowakische Diplomatie immer gezwungen, auf Jugoslawien Rücksicht zu nehmen (z. B. im Verhältnis zu Bulgarien, in der makedonischen Frage). Auch die tschechoslowakische Taktik in der Albanien-Frage sowie die Berichte der Presse der Tschechoslowakei waren grundsätzlich durch die Ansichten Belgrads bestimmt.

Die Tschechoslowakei war, besonders aus wirtschaftlichen Gründen, an einer baldigen Aufnahme direkter Kontakte zu Albanien interessiert. Das gleiche Interesse bekundete auch Albanien.<sup>33</sup> Der veränderten Lage Rechnung tragend wandte sich der tschechoslowakische Gesandte in Belgrad Šeba an das jugoslawische Aussenministerium, um dessen Standpunkt zu der geplanten Errichtung eines tschechoslowakischen Konsulats in Tirana zu erfahren. Dem Gesandten der Tschechoslowakei wurde bedeutet, Jugoslawien erwarte, dass Prag die Regierung Fan Noli nicht anerkennen werde. Gesandter Šeba meldete daher nach Prag, die Errichtung eines Konsulats gliche einer Anerkennung des Fan-Noli-Regimes, sie sei daher angesichts der feststehenden Überzeugung, Albanien müsse durch das Belgrader Prisma gesehen werden, undenkbar.<sup>34</sup> Am 18. September ersucht Aussenminister Marinković den tschechoslowakischen Gesandten neuerlich, man möge mit der Errichtung des Konsulats bis zur Klärung der Lage zuwarten. Gleichzeitig versprach er, er werde den geeigneten Zeitpunkt für die Anerkennung der albanischen Regierung und für die Errichtung des Konsulats selbst bekanntgeben.<sup>35</sup>

Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Belgrad bemühte sich, eigene Informationen über die albanischen Verhältnisse einzuholen. Interessant war z. B. der Besuch Ahmed Zogus bei Šeba am 22. 9. 1924.<sup>36</sup> Zogu versuchte den Gesandten davon zu überzeugen, Fan Noli vermöge sich nur dank den italienischen finanziellen und materiellen Hilfeleistungen zu behaupten. Gleichzeitig bewertete er sich über die allzugrosse Loyalität der früheren Pašić-Regierung gegenüber Italien. Er hätte Ninčić um nichts anderes als um bloss 5000 Gewehre samt Munition ersucht. Er machte kein Hehl aus dem gegenwärtigen

Stand seiner Vorbereitungen. Im Grenzgebiet habe er bereits etwa 6000 Mann zusammengezogen. Die jugoslawisch-albanische Streitfrage betreffend das Kloster des Hl. Naum habe er mit Minister Marinković dahingehend gelöst, dass das Kloster nach seiner (d. i. Zogus) Rückkehr zur Macht Jugoslawien zufallen werde. Auch Zogu forderte, die Tschechoslowakei möge der Regierung Fan Noli ihre Anerkennung versagen, und mit Errichtung des Konsulats zuwarten.<sup>37</sup> Er wisse natürlich die Absicht der tschechoslowakischen Regierung, direkte Kontakte mit Albanien aufzunehmen, zu schätzen, er selbst habe knapp vor seinem Sturz analoge Dispositionen verfügt. Von den konsularischen Beziehungen hätte er eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen erwartet. Der tschechoslowakische Terst-Export könnte seiner Meinung nach mit Erfolg der wirtschaftlichen Infiltration Italiens begegnen. Zogu zeigte sich auch bereit, tschechoslowakischen Unternehmern Konzessionen für den Bau von Hotels am Meer und im Inneren des Landes zu erteilen.<sup>38</sup>

Die Erforschung der albanischen Verhältnisse war der Hauptzweck der Reise, die der tschechoslowakische Militärattaché in Belgrad, Oberst Melichar, im Herbst des Jahres 1924 unternahm. In Tirana hatte er Unterredungen mit dem Aussenminister Sulejman Bei Delvina, dem Innenminister Oberstleutnant R. Shala und dem Kriegsminister Oberstleutnant K. Qafëzezi.<sup>39</sup> Die Gespräche vermittelten Oberst Melichar ein Bild von den Schwierigkeiten, denen sich die Regierung in ihrer Innen- und Aussenpolitik gegenüber sah. Die albanischen Minister beklagten sich über die jugoslawischen Einnichungen in die inneren Angelegenheiten Albaniens. Offen sprachen sie auch von der schweren wirtschaftlichen Krise, in der sich das Land befand. In dieser Wirtschaftskrise sah Oberst Melichar den Hauptgrund für die mangelnde innere Stabilität. Er meinte, in Albanien werde nur dann dauernde Ruhe einkehren, wenn es der Regierung gelänge, dem Volke Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu verschaffen und die Versorgungslage zu verbessern. Er war überzeugt, dass das Kabinett bis Frühjahr 1925 im Amt bleiben werde, vielleicht auch länger, wenn es ihm gelingen wird, in Italien genügend Geldmittel zu beschaffen.<sup>40</sup>

Auch unter den ungünstigen internationalen Bedingungen traten die revolutionären Kreise Albaniens mit grosser Aktivität vor der Weltöffentlichkeit auf. Von Bedeutung war besonders die Teilnahme der albanischen Delegation an der Sitzung des Völkerbundes in Genf. Delegationsleiter war Ministerpräsident Fan Noli selbst. In seiner Ansprache würdigte er zwar die Verdienste des Völkerbundes an der Vereitelung der auf eine Aufteilung des albanischen Gebietes zielenden Pläne, gleichzeitig unterzog er jedoch die Tätigkeit des Völkerbundes einer überaus scharfen Kritik.<sup>41</sup> Die Abordnung verteidigte vor dem Völkerbund auch ihre Ansprüche in den Grenzgebieten (besonders in der Frage der Zugehörigkeit des Klosters des Hl. Naum). Fan Noli protestierte ferner gegen die Unterdrückung der albanischen Minderheit in Griechenland und gegen ihre gewaltsame Aussiedlung in die Türkei. Die griechische Regierung behauptete nämlich, die albanischen Moslems seien Türken und würden auf Grund des griechisch-türkischen Vertrags über den Einwohneraustausch nach Kleinasien gebracht.

Die Entschlossenheit des revolutionären Regimes, in der Aussenpolitik eigene Wege zu gehen, kommt auch in dem Verhältnis zur Sowjetunion zum Ausdruck. Einer der ersten Beschlüsse der Regierung betraf die Anerkennung der Sowjetmacht und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Am 4. 7. 1924 ging die

diesbezügliche Note des albanischen Aussenministers Sulejman Bei Delvina an Tschitscherin durch Vermittlung der sowjetischen Vertretungsbehörde in Rom ab.<sup>42</sup> Die Sowjetregierung akzeptierte das Angebot (Tschitscherins Antwort vom 4. 9. 1924) und beide Staaten sprachen gegenseitig die De-jure-Anerkennung aus; der Austausch diplomatischer Vertreter sollte später stattfinden. Der jugoslawischen Propaganda dienten diese Massnahmen als Vorwand, Albanien als Objekt allseitiger Hilfeleistung seitens Moskau, als eine Agentur Moskaus und als ein Nest des Kommunismus auf dem Balkan hinzustellen.

Die aussenpolitische Isolation Albanien wurde immer deutlicher. Der Völkerbund verweigerte eine Anleihe, die für den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes unerlässlich war. Auch den Bemühungen, finanzielle Hilfe von Italien zu erlangen, blieb der Erfolg versagt. Die Rom-Reise Fan Nolis und des Finanzministers L. Gurakuqi war vergeblich. Als Garantie für eine Anleihe boten sie die sequenzierten Güter der Beis an, doch erachteten die italienischen Banken eine solche Sicherstellung nicht als ausreichend. Sie verwiesen darauf, dass die gegenwärtige albanische Regierung bisher noch nicht in der Lage gewesen sei, die Nationalversammlung einzuberufen und kein Vertrauensvotum besitze.<sup>43</sup>

Zur Verschlechterung der aussenpolitischen Lage des Landes trug auch der im September und Oktober eingetretene Wandel in den Ansichten der italienischen Regierung bei. Die diplomatischen Vertreter sprechen sich zwar in ihren Berichten auch weiterhin für die Unterstützung des albanischen Regimes aus, in ähnlichem Sinne schreibt auch die italienische Presse. Desgleichen erwähnen die Berichte der auf dem Balkan tätigen fremden Diplomaten (einschl. der tschechoslowakischen Gesandten in Belgrad und Rom) die italienischen Sympathien und die Unterstützung seitens Italiens, deren sich Albanien erfreue. Doch die beginnende Abkehr Mussolinis vom Regime Fan Nolis ist offenkundig. Sie kommt auch in dem Scheitern der Verhandlungen über die Gewährung einer Anleihe und in der italienischen Weigerung, Albanien materielle Hilfe zukommen zu lassen, zum Ausdruck, wo doch Zogu in der gleichen Zeit sich auf die allseitige jugoslawische Hilfe bei der Vorbereitung seines militärischen Angriffs verlassen konnte.

Was waren die Gründe für diese neue italienische Politik? Jedenfalls ist Mussolinis Abkühlung im Verhältnis zu Fan Noli auch auf die ausgeprägte albanische Tendenz zurückzuführen, eine selbständige Aussenpolitik zu treiben. Das Kabinett Fan Noli schien der italienischen Diplomatie nicht mehr gefügig genug. So lehnte das Kabinett z. B. die Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens vom Jänner 1924 ab und war nicht gewillt den italienisch-albanischen Bündnisvertrag, wie er von Italien entworfen worden war, zu akzeptieren.<sup>44</sup> Eine übermässige Selbständigkeit legte Albanien auch in anderen aussenpolitischen Fragen an den Tag, z. B. gegenüber der Sowjetunion, der revolutionären Makedonischen Bewegung u. a. Die schwere Krise des Faschismus war ebenfalls ein wichtiger Faktor, denn sie schwächte die italienische Wachsamkeit gegenüber aussenpolitischen Problemen. Schliesslich konnte das faschistische Italien angesichts seiner relativen aussenpolitischen Isolation die mit Jugoslawien getroffenen Vereinbarungen, wenn sie auch nur formaler Natur waren, nicht gänzlich ausser acht lassen, denn sie enthielten die Möglichkeit, in Zukunft weitreichende Balkan-Pläne zu entwickeln. Dies alles wirkte sich in dem nachlassenden Interesse an Fan Noli und in einer Minderung der Hilfeleistungen aus. Nach aussen hin sprach man von „Nichteinmischung“ und „Neutralität“. In Wirklichkeit

liess Italien von seiner Einmischungspolitik nicht ab, doch begnügte es sich mit der Wahrung seiner eigenen unmittelbaren Interessen und mit der sorgfältigen Beobachtung der jugoslawischen Massnahmen.

Das revolutionäre Regime verfolgte die Ziele seines Programms nicht mit der notwendigen Konsequenz. Während der Abwesenheit des in Genf und in Anschluss daran in Rom weilenden Ministerpräsidenten Fan Noli wurde die Abkehr von dem Programm deutlich.<sup>45</sup> Die Bodenreform wurde nicht durchgeführt, die Bauern bekamen nicht das versprochene Land, der Grossgrundbesitz blieb unangetastet, das Steuersystem unverändert. Die Regierung geriet mit ihren Massnahmen in Gegensatz zu den Prinzipien, auf die sie sich berief. Die verschiedenen Gruppen aus den Reihen der früheren bürgerlichen Opposition gingen oft gegensätzlichen Interessen nach und manche (z. B. die Militärelite) waren an einer Weiterführung der Revolution nicht interessiert. Auch innerhalb der Regierung selbst vertieften sich die Gegensätze. Im Oktober 1924 werden zwei politische Parteien gegründet, die Nationaldemokratische und die Radikaldemokratische. Der Machtkampf, den beide Parteien gegeneinander führen, nimmt vor den Wahlen an Heftigkeit zu. Der Mangel an Folgerichtigkeit brachte die Regierung um die Unterstützung durch die Volksmassen. Die linksgerichtete Opposition gegen die Regierung wurde nach dem Beschluss des Kabinetts über die Abhaltung von Parlamentswahlen schärfer. So sprach sich z. B. der Ausserordentliche Kongress der revolutionär-demokratischen Organisation Bashkimi im November 1924 gegen beide Regierungsparteien aus, die die anti-feudalen Ideale der Jumirevolution verraten hätten.<sup>46</sup> Auch die Reaktion begann ihr Haupt zu heben.<sup>47</sup> Im November 1924 wurde in Permet eine Verschwörung von Offizieren aufgedeckt, an deren Spitze Major Kasem Radovicka stand, der enge Beziehungen zur Emigration unterhielt.

Nicht nur aussen-, sondern auch innenpolitisch vertiefte sich die Isolation der Regierung Fan Noli. Die Lage Fan Nolis war von allem Anfang an so prekär, weil ihn seine Bei-feindliche Politik zum Untergang verurteilte.<sup>48</sup> „Die Pläne des Kabinetts stiessen auf den Widerstand dreier Faktoren: Englands, das in Albanien vor allem wirtschaftlich interessiert war, Jugoslawiens, das die bolschewistisch-makedonische Bewegung bekämpfte, und Ahmed Zogus, des Exponenten der Beis selbst.“<sup>49</sup>

Mit Unterstützung der neuen Pašić-Regierung setzte Zogu seine Vorbereitungen auf jugoslawischem Gebiete fort. In der Grenzzone Debar-Ohrid organisierte er seine Einheiten, bestach die Kaçaki (albanische Komitadschis) und warb in Belgrad Söldner aus den Reihen der Wrangel-Armee an.<sup>50</sup> Von diesen Schritten erfuhr auch das Kabinett Fan Noli, das die italienische Regierung ersuchte, in Belgrad einzuschreiten. Trotzdem auch die italienischen diplomatischen Vertreter in Jugoslawien und Griechenland über die wachsenden Vorbereitungen der Emigranten berichteten, war der Standpunkt des italienischen Gesandten in Albanien zu den Befürchtungen Fan Nolis sehr reserviert.<sup>51</sup>

Während des Aufenthaltes des jugoslawischen Ministerpräsidenten Pašić und des Aussenministers Ninčić in Rom Anfang Dezember 1924 wurde u. a. amtlich bekanntgegeben, dass beide Länder auch weiterhin an der Politik der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Albanien“ festhalten werden.<sup>52</sup> Trotzdem überschritten einige Tage darauf die Truppen Zogus mit aktiver Unterstützung Jugoslawiens (in den Anfängen des Unternehmens) die Grenze. Der Hauptangriff erfolgte in der Richtung Debar-Tirana. Von Nordosten her wurden



die Truppen von den unter der Führung von Cena Bei Kryeziu stehenden Einheiten unterstützt. Im Süden operierten aus Emigranten aus Griechenland zusammengesetzte Gruppen, an deren Spitze Mufid Bei Libohova und Koço Kota standen.

Die Intervention kam für die Regierung in Tirana unerwartet. Es waren keine Verteidigungsmassnahmen getroffen worden. Die Regierung richtete ihr Hauptaugenmerk auf die nahenden Parlamentswahlen und auf die Lösung der Finanzfrage. Ihre letzten Hoffnungen setzte sie in der gegebenen Situation auf ein Eingreifen der Grossmächte, besonders Italiens. Deshalb „verschob“ Fan Noli auch den Austausch diplomatischer Vertreter mit der Sowjetunion, deren Vertreter M. W. Krakowetskij am 16. 12. 1924 in Durrës eintraf, jedoch das Land wieder verlassen musste.<sup>53</sup> Vergebens wandte sich das Kabinett in Tirana an Mussolini, Chamberlain, Herriot und den Generalsekretär des Völkerbundes E. Drummönd. Sie betrachteten die Ereignisse als eine innere Angelegenheit Albanien. Die italienische Regierung beschränkte sich auf Massnahmen zum Schutz ihrer eigenen Interessen (sie entsandte z. B. Schiffe in die albanischen Gewässer).

Die Regierungstruppen mussten sich auf die Verteidigungslinie vor Tirana zurückziehen. Unter den Funktionären des Staatsapparates brach eine Panik aus. Angesichts der hoffnungslosen Lage griffen viele Offiziere zur Flucht. Am 24. 12. 1924 bemächtigte sich Zogu der Hauptstadt. Fan Noli wich mit seinen Anhängern nach Vlora zurück, von dort emigrierte er nach Bari. In den nord-albanischen Bergen leistete zwar Bajram Bei Curri noch eine gewisse Zeit Widerstand, sonst war es jedoch Zogu gelungen, in kurzer Zeit das ganze Land unter seine Macht zu bringen.

Die Niederlage der Regierung Fan Noli bedeutete gleichzeitig die Niederlage der nationalen bürgerlich-demokratischen Revolution. Die schwachen und uneinheitlichen Kräfte der Bourgeoisie waren nicht fähig gewesen, zielstrebig an die Lösung der Aufgaben der Revolution heranzutreten, mit der inneren Reaktion fertig zu werden und eine wirksame Landesverteidigung auszubauen. Dadurch verloren sie nach und nach auch die Unterstützung seitens der Volksmassen. Fan Noli selbst schrieb später: „Ich habe den Hass der Latifundienaristokratie hervorgerufen. Dadurch, dass ich ihr nicht ihren Grundbesitz wegnahm, verlor ich die Unterstützung seitens der Bauernmassen. Meine Kollegen und auch die Mehrzahl der Offiziere in der Armee verhielten sich zu den Reformen ablehnend oder, wie es in den meisten Fällen geschah, indifferent, obwohl sie sich anfangs für die Reformen ausgesprochen hatten. Herr Sotir Peci, der Regent, sprach sich rückhaltlos gegen die Reformen aus. Herrn Eyres gelang es, meine Umgebung davon zu überzeugen, dass die Bodenreform eine gefährliche bolschewistische Neuheit ist.“<sup>54</sup>

Der Sturz Fan Nolis war auch in der Gesamtsituation in Südosteuropa begründet. Die interessierten Staaten, besonders Jugoslawien und England, ermöglichten durch ihre Einmischungspolitik und die ablehnende Haltung zur Regierung Fan Noli die Wiederherstellung der Herrschaft der Grundbesitzer und der Bourgeoisie, wie sie vor der Revolution bestanden hatte, und die Installation der Zogu-Diktatur.

Der Sieg Zogus sah vorerst nach einem Triumph der „serbischen Orientierung“ und einem Sieg der jugoslawischen Aussenpolitik aus. So deuteten den Umsturz auch die tschechoslowakischen Diplomaten in Belgrad, Rom und Athen. Die jugoslawische Diplomatie meinte, der gegenwärtige Zustand bedeute

eine dauernde Stärkung des Einflusses Jugoslawiens in Albanien. In wirtschaftlicher Hinsicht erklärte sich Jugoslawien „desinteressiert“, da es annahm, die italienische wirtschaftliche Infiltration würde am besten durch die Politik der Grossmächte, besonders Englands, paralytisch werden. Auch diese Vorstellungen, die die fortschreitende englisch-italienische Annäherung nicht berücksichtigten, erwiesen sich als falsch. Die Belgrader Regierung förderte auch das tschechoslowakische Interesse an dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Albanien. Das jugoslawische Aussenministerium gab dem tschechoslowakischen Gesandten Šeba die Zusicherung, „dass wir mehr nach Albanien exportieren können würden, das jetzige Regime sei italienfeindlich und eine andere Konkurrenz gebe es in Albanien nicht. Die hiesigen (d. h. jugoslawischen — Anm. P. H.) Stellen würden unsere wirtschaftliche Infiltration unterstützen“.<sup>55</sup> Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Belgrad empfahl daher, den baldigen Amtsantritt des für Tirana ernannten Konsuls J. M. Kadlec.

In den Kreisen der Regierung in Rom erblickte man in dem Sturz Fan Nolis keine diplomatische Niederlage Italiens. Auch die tschechoslowakische Gesandtschaften in Rom und Belgrad erkannten rückblickend, wie ungenügend die Unterstützung gewesen war, die Fan Noli von Italien erhalten hatte. Der Gesandte der Tschechoslowakei in Belgrad J. Šeba, mutmasste sogar eine Vereinbarung zwischen Jugoslawien und Italien und warf die Frage auf, „womit mag wohl das Königreich SHS Italien für die Einsetzung Zogus gezahlt haben, ob mit Konzessionen in der Rjeka- oder in der Sušak-Frage oder durch Anschluss an die antigriechische Front“.<sup>56</sup>

Die tschechoslowakische Diplomatie war sich auch dessen bewusst, dass die Befriedigung des Kabinetts Pašić über die Entwicklung in Albanien einigermaßen vorzeitig war und dass das faschistische Italien in Zukunft Albanien unter Druck setzen wird. „Die Erhaltung der albanischen Regierung wird Geld kosten und man kann nicht wissen, wie weit die hiesige Regierung bei der Gewährung von Geldmitteln gehen wird, um die Positionen in vollem Umfang zu halten, denn sie wird kaum Italien konkurrieren können“, berichtete Gesandter Šeba nach Prag.<sup>57</sup>

Die italienischen Regierungskreise und sowohl die regierungsfreundliche als auch die oppositionelle Presse waren weniger durch den Sturz Fan Nolis beunruhigt als durch die Möglichkeit, die jugoslawische Hilfeleistung an Zogu könnte sich für Italien ungünstig auswirken. Einige Blätter (z. B. *Idea Nazionale*, *Giornale d'Italia*) erblickten in der geringen italienischen Aktivität im Verlaufe der albanischen Ereignisse einen ernstesten Fehler. Ein Teil der Presse beeilte sich mit der Behauptung, Zogu wäre eigentlich kein Feind Italiens. Gleichzeitig wurde allerdings Zogu offen zu verstehen gegeben, dass die italienische Freundschaft von seinen Taten abhängen werde, d. h. inwieweit er sich dem Einflusse Jugoslawiens entziehen werde.

Angesichts der neuen Sachlage wurde die italienische Albanien-Politik ausserordentlich aktiv. In dem verhältnismässig kurzen Zeitabschnitt der Jahre 1925—1927 zeitigten die italienischen Bemühungen vollen Erfolg: Der jugoslawische Einfluss war ausgeschaltet und Albanien in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht restlos italienhörig.

## AMMERKUNGEN

- 1 S. Shpuza, *Lëvizja demokratike revolucionare e qershorit 1924 në Shqipëri*. Buletin i Universitetit Shtetëror të Tiranës (weiter nur BUSHT) 1954, 4, S. 1—34.
- 2 M. Belegu, *Vendosja e regjimit feudoborgjez të A. Zogut. Intervencioni i fuqive të huaja imperialiste*. BUSHT 1957, 2 (4), S. 145—171.
- 3 S. Shpuza, *Revolucioni demokratiko-borgjez i qershorit 1924 në Shqipëri*. Tiranë, 1959.
- 4 K. Ylli, *Revolucioni i qershorit 1924*. Studime historike 1964, 3, S. 5.
- 5 A. Puto, *Çështja e njohjes ndëkombëtare te qeverise demokratike te 1924-es*. Studime historike 1964, 1, S. 5—34.
- 6 Vgl. z. B. M. Marjanović, *Londonski ugovor iz godine 1915*. Zagreb 1960, S. 447.
- 7 B. Krizman—B. Hrabak, *Zapisnici sa sednica delegacije Kraljevine SHS na mirovnoj konferenciji u Parizu 1919—1920*. Beograd 1960, S. 365—366.
- 8 R. Bernard, *Essai sur l'histoire de l'Albanie moderne*. Paris 1935, S. 146—148.
- 9 S. Skendi, *Albania*. New York 1956, S. 74.
- 10 S. Shpuza, *Lëvizja demokratike*, a. a. O., S. 5.
- 11 Archiv ministerstva zahraničních věcí Praha — Politické zprávy Bělehrad (Archiv des Min. d. Äusseren — Politische Nachrichten Beograd — weiter nur AMZV-PZ Bělehrad), N. 279/1923.
- 12 A. Baldacci, *Studi speciali albanesi II*, Roma 1933, S. 114—116.
- 13 L. Loose, *Die völkerrechtlichen und politischen Beziehungen Albaniens zu Italien und die Frage seiner Unabhängigkeit*. Würzburg 1936, S. 27—30.
- 14 Z. Konečný, *Obchodní smlouvy mezistátní I-2*. Praha 1925, S. 1168.
- 15 AMZV — Politické zprávy Řím (Politische Nachrichten Rom — weiter nur PZ Řím), N. 107/1924.
- 16 AMZV-PZ Bělehrad, N. 405/1923.
- 17 Ebenda.
- 18 AMZV — Politické zprávy Atény (Politische Nachrichten Athen), N. 26/1924.
- 19 T. Selenica, *Shqipria më 1927*. Tiranë 1928, S. 126.
- 20 *Ligjeron Fan Noli*. Tiranë 1944, S. 64—65.
- 21 T. Selenica, a. a. O., S. 126.
- 22 A. Puto, a. a. O., S. 8.
- 23 *I documenti diplomatici italiani*, R. 7, B. III (weiter nur DDI, 7-III). Roma 1959, N. 242, S. 145.
- 24 Ebenda, N. 244, S. 146—147.
- 25 Ebenda, N. 222, S. 135—136.
- 26 A. Puto, a. a. O., S. 17.
- 27 DDI, 7-III, N. 262, S. 155—157.
- 28 A. Puto, a. a. O., S. 20—22.
- 29 *Mbi influencën e revolucionit të madh socialist të tetorit në Shqipëri (1917—1924)*. Tiranë 1957, S. 108—109.
- 30 Rudé právo 30. XII. 1924.
- 31 AMZV, PZ Bělehrad, N. 350/1924.
- 32 V. Kybal, *Czechoslovakia and Italy: My negotiations with Mussolini. II (1923—1924)*. Journal of Central European Affairs XIV (1954), S. 68 ff.
- 33 AMZV-PZ Bělehrad, N. 238/1924.
- 34 V. Kybal, a. a. O., S. 65.
- 35 AMZV-PZ Bělehrad, N. 350/1924.
- 36 Ebenda, N. 351/1924.
- 37 Ebenda, N. 359/1924.
- 38 Ebenda.
- 39 Ebenda.
- 40 Ebenda, N. 405/1924.
- 41 Ebenda.
- 42 *Ligjeron Fan Noli*, a. a. O., S. 83—88.
- 43 *Kratkaja istorija Albanii*. Moskva 1965, S. 207—208.
- 44 AMZV-PZ Řím, N. 172/1924.
- 45 A. Puto, a. a. O., S. 25—26.
- 46 *Historia e Shqipërisë II*. Tiranë 1965, S. 551.
- 47 Ebenda, S. 554.

- <sup>47</sup> M. Jelić, *Albanija. Zapisi o ljudima i događajima*. Beograd 1933, S. 79—80.  
<sup>48</sup> AMZV-PZ Řím, N. 196/1924.  
<sup>49</sup> Ebenda.  
<sup>50</sup> AMZV-PZ Bělehrad, N. 29/1925.  
<sup>51</sup> DDI, 7-III, N. 623, S. 377.  
<sup>52</sup> Ebenda, N. 609 (2), S. 369.  
<sup>53</sup> *Kratkaja istorija Albanii*, a. a. O., S. 208.  
<sup>54</sup> J. Swire, *Albania. The Rise of a Kingdom*. London 1929, S. 444.  
<sup>55</sup> AMZV-PZ Bělehrad, N. 9/1925.  
<sup>56</sup> Ebenda, N. 483/1924.  
<sup>57</sup> Ebenda, N. 54/1925.

## K OTÁZCE MEZINÁRODNĚ POLITICKÉHO POSTAVENÍ ALBÁNIE A JEJÍ ZAHRA NIČNÍ POLITIKY V ÚDOBÍ VLÁDY FAN NOLIOH (ČERVEN—PROSINEC 1924)

Národní a demokratické hnutí uvnitř albánské společnosti i stupňující se zápas o charakter státu po první světové válce vyústily červnovým převratem v r. 1924 do nastolení Fan Noliho revoluční vlády, vystupující ve vnitřní politice s širokým programem buržoazně demokratických reforem a v poměru k zahraničí s vyhraněnou nacionalistickou linií.

Dosavadní historická literatura věnovala tomuto významnému období a jeho jednotlivým aspektům poměrně menší pozornost. Ve svém příspěvku se autor pokouší na základě archivního materiálu československé provenience, publikovaných pramenů a literatury podat obraz albánské zahraniční politiky a mezinárodně politického postavení země v tomto období se zvláštním zřetelem na postoj Československa.

Revoluční režim se po celou dobu svého krátkého trvání pokoušel (i když nedůsledně) uskutečňovat samostatnou zahraniční politiku (např. vyhlášení principu přátelských styků v oblasti mezinárodních vztahů, postoj k SSSR, úsilí o upevnění vlastní suverenity v politické i ekonomické sféře, nekompromisní postoj v hraničních otázkách, aktivita na půdě Společnosti národů). Možnosti této koncepce byly omezo vány celkovou situací na Balkáně a v oblasti Jaderského moře a podlamovány stálým zasahováním zainteresovaných států do života země. Prvořadou rolí v zápase, jehož předmětem byla Albánie, hrálo vzájemně střetávání protikladných vlivů Itálie a Jugoslávie. Aktivně do něho zasahovaly i jiné síly (z důvodů hospodářských zvláště Anglie, dále Řecko atd.).

Vítězství revoluce bylo přijato se znepokojením zejména v Jugoslávii, kde bylo chápáno jako odstranění dosavadního přátelského režimu, které bude mít za následek změnu zahraničně politické orientace Albánie a příklon k Itálii. Především proto byl postoj království SHS k vládě Fan Noliho nepřiznivý. Anglie spatřovala v revoluci poškození vlastních, za předcházejícího albánského režimu privilegovaných, ekonomických zájmů.

Vůdci albánské představitelé se dovolávali přátelství fašistické Itálie, v němž doufali nalézt protiváhu jugoslávského vlivu a záruku proti očekávaným akcím bělehradské vlády. Mussolinimu protijugoslávské zaměření albánského nacionalismu vyhovovalo. Fašistická Itálie se domnívala, že podporou Fan Noliho kabinetu si vytvoří předpoklady k plnému hospodářskému a politickému ovládnutí země.

Postoj Československa k albánským událostem byl plně ovlivněn názory jugoslávské diplomacie. Vzhledem k tomu rovněž i československá vláda režim Fan Noliho neuznala a na naléhání království SHS odložila i chystané zřízení konzulátu v Albánii na pozdější dobu. Taktéž se vyslovovala pro podporu Jugoslávie v jejím hraničním sporu s Albánií. Současné bedlivě sledovala průběh událostí. Bezprostřední zájem Československa na Albánii byl pouze hospodářský.

Mezinárodní izolace země se během doby stávala ještě patrnější (postoj zainteresovaných států v otázce uznání nové vlády, odmítnutí půjčky žádané albánskou vládou jak ze strany Společnosti národů, tak i římské vlády atd.). Situaci nesporně ztížila také změna ve stanovisku Mussoliniho vlády. Nedostatečná povolnost Fan Noliho kabinetu vůči Itálii, vyplývající z tendence Albánie po uplatnění nezávislé politiky spolu s dočasnou menší zahraniční italskou aktivitou a momentálním zájmem na udržení jisté formy dorozumění s Jugoslávii, které byly podmíněny těžkou vnitřní krizí italského fašismu, byly hlavní

příčinou obratu v postoji Itálie. Římská vláda nadále do albánských záležitostí zasahuje, klesá ovšem její zájem o podporu a udržení Fan Noliho režimu. Mezitím Ahmed Zogu v emigraci za otevřené podpory bělehradské vlády formuje vojenské síly pro chystanou intervenci.

Vnitřní obtíže (tíživá hospodářská situace, vzájemné rozpory různých skupin uvnitř albánských vládnoucích kruhů, nerozhodný postup proti vnitřní reakci, nedůslednost při plnění slíbeného programu a z ní vyplývající ztráta opory lidových vrstev) spolu s kritickými zahraničně politickými poměry a cizím vměšováním napomohly ke zdaru ozbrojeného vpádu A. Zogua.

Úspěch A. Zogua, dosažený za otevřené podpory Jugoslávie, zdál se být vítězstvím „srbské orientace“. Jugoslávská diplomacie předpokládala, že restaurace předrevolučních poměrů bude prováděna plným prosazením jejího vlivu. Současně se domnívala, že síla ekonomického působení Itálie bude kompenzována hospodářským vlivem jiných velmocí (především Anglie) i větším podílem Československa na obchodních stycích Albánie s cizinou.

Průběh dalšího vývoje ukázal však předčasnost a nereálnost těchto nadějí. Itálie přijala porážku Fan Noliho poměrně klidně. Italská diplomacie začíná vyvíjet v dalším období mimořádnou aktivitu, jejímž výsledkem bylo překvapivě rychlé odstranění jugoslávského vlivu a plné hospodářské a politické ovládnutí země Itálií, uskutečněné v letech 1925–1927.